

Editorial

## Liebe Leserinnen, liebe Leser

Haben auch Sie schon gehört, dass am 1. April ein neues Straßenverkehrsgesetz in Kraft getreten ist? Bemerkenswert, da unser Bundesbau-Verkehrsminister damit eine sprachliche Revolution wagte. Denn in diesem Gesetzestext gibt es Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nicht mehr, sondern nur noch geschlechtslose Wesen. Wie beispielsweise keine Radler oder Radlerinnen, sondern „Rad Fahrende“. Immerhin schafft der zuständige Bau-Verkehrsminister damit Arbeitsplätze, denn jetzt muss der Duden umgeschrieben werden. Zusätzlich gelang es ihm mit dem Gesetz, den Verkehrs-Schilderwald auszudünnen – meint er. So gibt es das Schild „unbeschränkter Bahnübergang“ nicht mehr. Dafür gelang den Ministrablen, zusätzlich neue Schilder zu schaffen. Die Schilderhersteller wird's freuen, haben sie doch künftig mehr Aufträge. Ob diese Schaffensphase unseres Bundesbauministers anhält und er noch vor der Bundestagswahl bemerkt, dass in seinem Aufgabenbereich auch die Wohnungsbaupolitik enthalten sein sollte?



Hans Jürgen Krolkiewicz, Foto privat

tersuchung so interpretiert, dass noch dickere Dämmstoffpakete unwirtschaftlich sind, zum anderen aber soll damit genau das Gegenteil bewiesen werden. Wer nun recht hat, scheint eine Glaubensfrage zu werden. Vielleicht wird der kommende neue Bundesbauminister die Probleme der Wohnungswirtschaft fachlich besser verstehen. Warten wir's ab.

Dazu zählt beispielsweise die Energiepolitik. Es ist nicht genug, nur immer die aus Brüssel kommenden Änderungen zur Energieeinsparung umzusetzen. Bauherren und Wohnungswirtschaft erwarten vom Bauminister richtungweisende Vorschläge und wirtschaftliche Unterstützung. Haben Sie diesbezüglich von praktikablen Lösungen aus dem Bauministerium gehört? Allgemein beschränkt man sich auf Appelle und Hinweise, den Umweltschutz durch Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu fördern. Dafür sollen künftig Gebäude so gebaut werden, dass sie nicht nur ihren Energiebedarf selber decken, sondern auch abzugebenden energetischen Überschuss erzeugen. Der Grundgedanke ist gut. Allein die Umsetzung ist mit hohen Kosten für die Bauherren verbunden. Dafür wird die EnEV 2014 so geändert, dass noch dickere Dämmstoffpakete ins Dach, auf die Außenwand und Kellerplatte eingebaut werden müssen. Bereits heute versucht man, über Darlehen der KfW solche Maßnahmen schmackhaft zu machen. Doch haben in den letzten Wochen unterschiedliche Auslegungen einer von der KfW durchgeführten Untersuchung zu hitzigen Debatten geführt. Denn einmal wird diese Un-

Wie immer, bietet die führende Fachzeitschrift der Wohnungswirtschaft technisch fundierte Beiträge, wie sie bei Printmedien kaum zu finden sind. Und Sie können jederzeit in unserem Archiv auf alle früheren Hefte zurückgreifen, ohne umständlich suchen zu müssen. So etwas bietet ihnen bisher kein anderes Medium der Wohnungswirtschaft. Unser nächstes Heft 32 erscheint am 22. Mai 2013

Bei der Wohnungswirtschaft ist unbestritten, dass die hohen Heizkosten gedeckelt werden müssen. Damit einher geht automatisch ein besserer Umweltschutz. Wie beispielsweise das besonders in den Ballungsräumen zunehmende Problem „Feinstaub“. Kaum eine deutsche Großstadt hält heute die Forderungen der EU bezüglich Feinstaubbelastung ein. Im Gebäudebereich wurde der Feinstaubausstoß durch verbesserte Heizanlagen und Filter stark gemindert. Dafür hat sich die Feinstaubproduktion durch Dieselfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge erhöht. Doch der dafür zuständige Verkehrsminister hüllt sich dazu in Schweigen. Feinstaubmessungen an Straßen und Flüssen, wie beispielsweise in Köln, zeigen eine kontinuierliche Zunahme der Staubmengen durch Abgase aus Dieselmotoren bei Autos und Schiffen. Zusätzlich rieselt tonnenweise Feinstaub aus den Wolken, erzeugt durch den Flugverkehr. Wann endlich unternimmt die Bundesregierung etwas dagegen, um ihre Bürger vor gesundheitsbelastendem Feinstaub zu schützen. Denn nachweislich führt die hohe Feinstaubbelastung zu Gesundheitsschäden. Hierzu ist ein Vorstoß unserer zuständigen Minister auch bei der EU notwendig. Doch dort ist man offensichtlich nicht an praktikablen Lösungen interessiert. Auto-, Flugzeug- und Schiffindustrie scheint die effektivere Lobbyarbeit zu machen.

Deshalb ist es an der Zeit, dass sich alle am Bau beteiligten (Wohnungswirtschaft, Bauindustrie, Bauhandwerk und Baustoff- bzw. Bauteilproduzenten) abstimmen und intensiver als bisher bei unserer Regierung vorstellig werden. Auch wenn diese sich lieber mit Bankenrettung und Atomausstieg beschäftigt. Es ist an der Zeit, einen Konsens zu finden, damit das Wohnen in Deutschland nicht eines Tages zu einem Luxusgut zählt, das sich nur noch Millionäre leisten können. Doch diese weichen schon länger auf Steueroasen aus, bei denen es die Probleme unserer Ballungsräume nicht gibt.

Hans Jürgen Krolkiewicz

---

Enten legen ihre Eier in aller Stille.  
Hühner gackern dabei wie verrückt. Was ist die Folge? Alle Welt ißt Hühnereier. Henry Ford

Wir helfen Ihnen beim Gackern!

Gerd Warda warda@wohnungswirtschaft-heute.de  
Hans-J. Krolkiewicz krolkiewicz@wohnungswirtschaft-heute.de

---